

Flüchtlinge

Integration im europäischen Vergleich

Spanien geht tolerant mit Migranten um, Deutschland nahm absolut gerechnet die meisten Geflüchteten auf. Osteuropäische Länder wollen nationale Identität bewahren, doch könnte Migration eine Chance für die Wirtschaft bedeuten. Eine einheitliche europäische Lösung scheint es nicht zu geben.

Von Tonia Koch

Hören Sie unsere Beiträge
in der Dlf Audiothek 



In vielen europäischen Ländern kann die Integration von Geflüchteten auf den Arbeitsmarkt eine wirtschaftliche Chance bieten (Jens-Ulrich Koch, dpa-Zentralbild, dpa picture-alliance)

In den vergangenen 25 Jahren haben sich über 17 Millionen Europäer auf den Weg gemacht und sind in einem anderen EU-Land sesshaft geworden. Sei es, um dort zu arbeiten oder den Lebensabend dort zu verbringen oder aus welchen Gründen auch immer. Beflügelt wurde diese Entwicklung durch die europäischen Grundfreiheiten, die Reise- und Niederlassungsfreiheit. Die innereuropäische Migration sei deshalb immer wesentlich höher als die außereuropäische, sagt Professor Ettore Recchi, Soziologe an der Sciences Po in Paris. Und ein europäisches Land rage wegen seiner toleranten Haltung gegenüber Immigranten eindeutig heraus, so Recchi: Spanien:

„Ich möchte nicht davon sprechen, dass es eine Ausnahmerecheinung ist, aber wahr ist, dass es auffällig ist, wie tolerant sich Spanien gegenüber Migranten verhält, obwohl das Land durch eine ökonomische Krise gegangen ist. Normalerweise führt das zu Ausländerfeindlichkeit, aber das war in Spanien nicht der Fall und warum das so ist, das muss erst noch erforscht werden.“

Für die einheimische Bevölkerung bedeute die europäische Binnenmigration keinerlei Risiko. Niemand verlöre dadurch an Status. Anders sieht das bei der zunehmenden Migration aus Drittstaaten aus. Dadurch gerieten insbesondere Menschen aus

MEHR ZUM THEMA

[Europäische Integration](https://www.deutschlandfunkkultur.de/europaeische-integration-wir-brauche-einen-europaeischen.1005.de.html?dram:ar)
[https://www.deutschlandfunkkultur.de/europaeische-integration-wir-brauche-einen-europaeischen.1005.de.html?dram:ar] Wir brauchen einen europäischen Geschichtsunterricht!

[Flüchtlingspolitik](https://www.deutschlandfunk.de/fluechtlingspolitik-die-kosten-der-integration.724.de.html?dram:article_i)
[https://www.deutschlandfunk.de/fluechtlingspolitik-die-kosten-der-integration.724.de.html?dram:article_i] Die Kosten der Integration

[Umgang mit Flüchtlingen](https://www.deutschlandfunkkultur.de/umgang-mit-fluechtlingen-papst-franziskus-ermahnt-polen-zu.2165.de.html?dram:article_id=361)
[https://www.deutschlandfunkkultur.de/umgang-mit-fluechtlingen-papst-franziskus-ermahnt-polen-zu.2165.de.html?dram:article_id=361] Papst Franziskus ermahnt Polen zu mehr Offenheit

Südosteuropa in ihren Gastländern in einen Verdrängungswettbewerb, so Professor Recchi. 2016, auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise haben allein in Deutschland fast 750.000 Menschen einen Antrag auf Asyl gestellt. Absolut gesehen war Deutschland damit das Land in der EU, das die meisten Flüchtenden aufgenommen hat. Gemessen an der Bevölkerung aber, hat Schweden die höchste Solidarität geübt, gefolgt von Deutschland, Österreich und Malta. Andere Handlungsoptionen, als die Flüchtenden aufzunehmen, hätten für Deutschland zum damaligen Zeitpunkt realistischer Weise nicht bestanden, sagte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier. Er war als Gastredner der Saarbrücker Konferenz geladen:

„Deutschland ist nicht nur von der Einwohnerzahl sondern auch politisch und wirtschaftlich das stärkste Land, wir haben eine Führungsverantwortung. Kleinere Länder können ihren Beitrag leisten, aber sie können niemals die Europäische Union in ähnlicher Weise zusammenhalten. Und selbstverständlich ist dann auch ihr Beitrag im Blick auf das Gesamtproblem nicht ausreichend, um dieses Problem zu lösen, wenn Deutschland abseits stehen würde.“

Einwanderung kann zum Wirtschaftswachstum beitragen

Der Bundeswirtschaftsminister geht davon aus, dass Deutschland letztendlich von der Migration profitieren wird, weil die Menschen für Wertschöpfung und damit für Wachstum sorgen werden. Allerdings räumte er ein, dass diese Botschaft im Moment bei der Bevölkerung nur selten verfährt:

„Ich habe das viele Hundertmale gesagt in ganz Deutschland und es wird auch von mindestens der Hälfte der Menschen in Deutschland akzeptiert. Aber es gibt eben auch Menschen, die sich fürchten, die sich Sorgen machen. Und wir werden auch dort eine positive Haltung zu dieser Herausforderung umso eher finden wie wir die tatsächlich vorhandene Probleme lösen.“

Konkret müssten Mittel und Wege gefunden werden, diejenigen Menschen, die kein Bleiberecht in Deutschland haben, wieder in ihre Heimatländer zurück zu schicken. Denn auch für alle anderen werde es schwer genug, sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Hilfreich dabei sei die demografische Zusammensetzung der Asylbewerber. Die meisten seien sehr jung, allein 60 Prozent seien unter 25 Jahre, rechnet Professor Panu Poutvaara vom Münchner Ifo-Institut vor. Und neben fehlender Bildungsqualifikation stellten für die allermeisten Geflüchteten unzureichende Sprachkenntnisse die höchste Hürde dar, sich erfolgreich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Wirtschaft sollte daher ihre Anforderungen herunterschrauben, so der Wirtschaftspräsident:

„Es wäre gut, wenn die Firmen flexibler wären, dass sie auch neue Mitarbeiter einstellen, die nicht so viel Deutsch sprechen und ihnen die Möglichkeit geben, ihre Sprachkenntnisse am Arbeitsplatz zu verbessern.“

Denn die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten sei im Sinne der gesamten Gesellschaft, argumentiert Professor Poutvaara:

„Die Gesamtkosten auf Bundesebene liegen bei etwa 21 Milliarden Euro pro Jahr. Aber

die Kosten können sehr stark reduziert werden, wenn Integration gelingt, also, es ist im Interesse des Steuerzahlers, diese zu finanzieren.“

Migration als Lösung gegen Arbeitskräftemangel

Die Verfasstheit der jeweiligen Arbeitsmärkte in den Ländern der europäischen Union habe viel damit zu tun, wie sich Politik und Bevölkerung gegenüber Migranten verhielten, da waren sich die Wissenschaftler einig. Deutschland fülle nicht zum ersten Mal seinen Babymangel und den daraus resultierenden Mangel an Arbeitskräften durch Migration, sagte Professor Francois Héran. Auch die Osteuropäischen Länder: Ungarn, Polen die Slowakei und Tschechien, die sich so vehement gegen eine Verteilung von Flüchtlingen auf europäischer Ebene wehren, hätten allen Grund, Migration als Lösungsansatz ins Auge zu fassen, findet der Soziologe am Collège de France:

„Ich sehe nicht, wie die osteuropäischen Länder ihre seit Jahren andauernden erheblichen Bevölkerungsverluste ausgleichen wollen. Sie haben in den letzten Jahrzehnten bis zu 40 Prozent ihren aktiven Bevölkerung verloren und für die Wirtschaft ist das bereits jetzt ein Desaster.“

Noch stelle die Politik in diesen Ländern die nationale Identität und die Homogenität ihrer Gesellschaft über das Erfordernis der Abwanderung ihrer gut ausgebildeten jungen Leute mit Einwanderungsszenarien zu begegnen. Allerdings reagierten inzwischen nicht mehr alle vier Länder gleich. Polen habe seinen Arbeitsmarkt geöffnet. Martin Thümmel, Leiter des Koordinierungsstabes Flucht und Migration im Auswärtigen Amt:

„Polen ist ausgesprochen großzügig bei der Erteilung von Aufenthaltstiteln für Ukrainer und bekommt dafür nicht genügend Anerkennung. 680.000 neue, an Arbeitsaufnahme geknüpfte Aufenthaltstitel 2017 in Polen, ist sehr, sehr viel.“

Frankreich braucht starke Nichtregierungsorganisationen

Auch Frankreich nimmt viele Menschen auf, allerdings vergleichsweise wenige Asylsuchende. Die Migration in Frankreich sei eine juristische. Die Menschen kämen, weil sie ein gesetzlich verbrieftes Anrecht darauf hätten. Positiv beschiedene Asylbescheide seien rar, sagt Professor Héran. Ursächlich dafür sei im Wesentlichen die koloniale Vergangenheit des Landes und der Mangel an karitativ geprägter Willkommenskultur in Frankreich:

„Es scheint mir tatsächlich so zu sein, dass es den Franzosen an geeigneten Mitteln fehlt. Wir haben zwar auch Nichtregierungsorganisationen, die sich kümmern könnten, aber es fehlt ihnen an Organisationsstärke, wie sie die Diakonie oder die Caritas haben.“

Darüber hinaus fehle es an einem bürgerschaftlichen Engagement auf lokaler Ebene.

Die Bürger sähen allein den Staat in der Verantwortung, den Umgang mit Flüchtlingen zu steuern. In Deutschland trage die Zivilgesellschaft viel mehr Verantwortung:

„Die Spezialität der Deutschen liegt in der Mobilisation dieser karitativen Kräfte, sie können mit solchen Notfällen, wie der Flüchtlingswelle einfach besser umgehen.“

Lösungsmuster im Umgang mit der Flüchtlingskrise, die für alle europäischen Länder taugten, könne es – so Héran – daher kaum geben.

Deutschlandradio © 2009-2018

[Deutschlandradio](#) [Datenschutz](#) [Hilfe](#) [Impressum](#) [Kontakt](#) [Presse](#)

[Partner](#) [ARD](#) [ZDF](#) [Phoenix](#) [arte](#) [Chronik der Mauer](#)